

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
mit Antwort der Landesregierung
- Drucksache 17/3526 -**

Finanzielle Entlastung der Kommunen ab 2017

Anfrage der Abgeordneten Adrian Mohr, Astrid Vockert und Axel Miesner (CDU) an die Landesregierung,
eingegangen am 20.05.2015, an die Staatskanzlei übersandt am 27.05.2015

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung vom 30.06.2015,
gezeichnet

Boris Pistorius

Vorbemerkung der Abgeordneten

Nach den Beschlüssen der Großen Koalition in Berlin im März 2015 sollen die Kommunen in Deutschland neben dem bereits laufenden Entlastungspaket im Jahr 2017 weitere Entlastungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro erhalten. Ab 2018 wurde im Koalitionsvertrag eine jährliche Entlastung der Kommunen um 5 Milliarden Euro bei den Sozialausgaben vereinbart.

Die zusätzliche Entlastung der kommunalen Ebene ab 2017 in Höhe von 1,5 Milliarden Euro setzt sich zusammen aus 500 Millionen Euro für die Anhebung des Beteiligungssatzes des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Arbeitssuchende sowie aus 1 000 Mio. Euro für einen höheren Anteil der Gemeinden am Aufkommen der Umsatzsteuer. Diese Aufteilung des Entlastungsvolumens wird auch von den kommunalen Spitzenverbänden begrüßt. „So werden alle Kommunen von dieser Entlastung etwas haben“, wird der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg, in einer Pressemitteilung vom 18. März 2015 zitiert.

Vorbemerkung der Landesregierung

Die niedersächsische Landesregierung begrüßt die dauerhafte und nachhaltige Entlastung der kommunalen Ebene durch den Bund. Im Rahmen der vom Bund vorgesehenen Mechanismen unternimmt das Land die notwendigen gesetzgeberischen und administrativen Schritte, um die Entlastung des Bundes schnellstmöglich und zu 100 % an die Kommunen weiterzuleiten.

Durch die vorgesehene Erhöhung des Bundesanteils bei den Kosten der Unterkunft im SGB II in Artikel 5 des Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern im Jahr 2017 um 3,7 Prozentpunkte von 31,3 v. H. auf dann 35,0 v. H. ergibt sich auf Basis der Zahlen des Jahres 2014 Folgendes: Die Gesamtsumme der Unterkunftskosten im SGB II betrug im Jahr 2014 in Niedersachsen 1 258 440 607 Euro. Bei einer Quote von 31,3 % beträgt der Erstattungsbeitrag 393 891 910 Euro, bei einer Quote von 35 % entspräche dies 440 454 212 Euro. Somit würden die niedersächsischen Kommunen bei einer Steigerung des Bundesanteils von 31,3 auf 35 v. H. bei gleichbleibenden Ausgaben für Unterkunft und Heizung im Jahr 2017 insgesamt rund 46,56 Millionen Euro mehr erhalten.

Der im Rahmen des vorstehend genannten Gesetzes erhöhte Anteil der Gemeindeebene am Aufkommen der Umsatzsteuer wird der Gemeindeebene über die bestehenden Bundes- und Landesverordnungen direkt zur Verfügung gestellt. Der niedersächsische Gesamtanteil an der zusätzlichen eine Milliarde beträgt 83 266 941 Euro.

1. Mit welchen konkreten Entlastungsbeträgen können im Jahr 2017 die Landkreise Verden, Cuxhaven und Osterholz sowie die jeweiligen kreisangehörigen Städte und Gemeinden rechnen?

Durch die vorgesehene Erhöhung der Erstattungsquote bei den Kosten der Unterkunft ergeben sich bezogen auf die Ist-Ausgaben des Jahres 2014 für die Landkreise im Jahr 2017 folgende Entlastungsbeträge:

Landkreis Verden: 612 554,13 Euro

Landkreis Cuxhaven: 920 282,48 Euro

Landkreis Osterholz: 370 136,48 Euro

Über das Nds. AG SGB II erfolgt eine Finanzzuweisung nur an die Landkreise und nicht an die jeweiligen kreisangehörigen Städte und Gemeinden.

Die Erhöhung des Umsatzsteueranteils führt hingegen lediglich bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu einer entsprechenden Entlastung.

Landkreis Verden:

Achim, Stadt	344 388 Euro
Blender	10 276 Euro
Dörverden	38 401 Euro
Emtinghausen	3 959 Euro
Kirchlinteln	47 911 Euro
Langwedel, Flecken	60 416 Euro
Ottersberg, Flecken	133 661 Euro
Oyten	125 172 Euro
Riede	6 609 Euro
Verden (Aller), Stadt	608 143 Euro
Thedinghausen	44 283 Euro

Landkreis Cuxhaven:

Armstorf	1 899 Euro
Belum	1 499 Euro
Bülkau	13 315 Euro
Cadenberge	21 086 Euro
Cuxhaven, Stadt	457 919 Euro
Geversdorf	968 Euro
Hechthausen	11 058 Euro
Hemmoor, Stadt	51 702 Euro
Hollnseth	1 742 Euro
Ihlienworth	6 607 Euro
Lamstedt	23 461 Euro
Loxstedt	60 640 Euro
Mittelstenahe	2 114 Euro
Neuenkirchen	12 107 Euro
Neuhaus (Oste), Flecken	3 484 Euro
Nordleda	1 952 Euro
Oberndorf	5 177 Euro
Odisheim	1 432 Euro
Osten	3 287 Euro
Osterbruch	1 347 Euro
Otterndorf, Stadt	45 674 Euro
Schiffdorf	46 193 Euro
Steinau	1 703 Euro
Stinstedt	845 Euro
Wanna	5 540 Euro

Wingst	8 486 Euro
Beverstedt	56 941 Euro
Hagen im Bremischen	41 585 Euro
Wurster Nordseeküste	58 226 Euro
Geestland, Stadt	128 943 Euro

Landkreis Osterholz:

Axstedt	1 621 Euro
Grasberg	30 200 Euro
Hambergen	13 712 Euro
Holste	1 939 Euro
Lilienthal	133 078 Euro
Lübberstedt	986 Euro
Osterholz-Scharmbeck, Stadt	209 606 Euro
Ritterhude	119 374 Euro
Schwanewede	81 416 Euro
Vollersode	6 642 Euro
Worpswede	36 402 Euro

- 2. Sind für die Mittelverwendung durch die kommunale Ebene Bedingungen zu erfüllen, und plant das Land hierfür eigene Vorgaben bzw. Ausführungsbestimmungen?**

Nein.